RECHTSPRECHUNG*

► 1-4/2021

**Verhinderung der Störung der Grabpflege:
Das Recht, neben dem eigenen Kind begraben
zu werden**

**1. Es ist unzulässig, dass einem Elternteil das
Recht entzogen wird, neben dem eigenen Kind
begraben zu werden. Es ist unerheblich, dass
die Beerdigung neben dem Kind, auf dem
Grundstück mit drei Grabstellen, neben dem, in
einer Konfliktbeziehung bestehenden, geschie-
denen zweiten Elternteil führt.**

**2. Die Unzulässigkeit der Trennung des Mit-
eigentumsgrabes ergibt sich aus Art. 1332
GZGB, der die Aufnahme des Grabes in den
Nachlass ausschließt.**

**3. Das Recht, Ein Grab zu pflegen, darf einer
Person nicht gewährt werden, wenn diese nicht
zugestimmt hat.**

(Leitsätze des Verfassers)

Art. 172, 1151, 1158, 1159, 1332 GZGB

*Richtlinie N 20-103 der Gemeinderat Tiflis vom
30. Dezember 2014 über die Einrichtung und
Pflege von Friedhöfen in der Gemeinde Tiflis*

*Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 10. März
2017 № 38-61-57-2017*

I. Der Sachverhalt

Ein Elternteil wollte, das auf dem Stadtfriedhof liegende, Grab seines verstorbenen Kindes pflegen, obwohl der ehemalige Mann dagegen war. Die Mutter reichte eine Klage ein, um die Störung seitens des ehemaligen Mannes aufzuheben, ihr ein Recht zu gewähren, nach dem Tod neben seinem Kind begraben zu werden und die Pflegepflicht ihres Grabes auf die von ihr benannte Person aufzuerlegen.

II. Zusammenfassung der Entscheidungsgründen

Durch die Entscheidung des erstinstanzlichen Gerichts wurde die Forderung teilweise bestätigt: Nach dem Tod des Klägers wurde die zur Pflege des Grabes befugte Person aufgrund mangelnden Willens nicht identifiziert. Als Grundlage zur Anerkennung des Rechts der Mutter zur Grabpflege hat das Gericht auf die Richtlinie N 20-103 der Gemeinderat Tiflis vom 30. Dezember 2014 „Über die Einrichtung und Pflege von Friedhöfen in der Gemeinde Tiflis“ gestützt. Im Gerichtsprozess wurde ferner festgestellt, dass das Grab zu einem Zeitpunkt eingerichtet wurde, als die Parteien noch nicht geschieden waren, und zur Pflege eine für der Personen bestimmten Grabes, beide Parteien berechtigt waren. Das Gericht stellte fest, dass der Kläger und der Beklagte Miteigentümer des Grabes waren.

* Aus dem Georgischen von *Teimuras Lomidze*.

Die Entscheidung wurde von dem Beklagten angefochten, mit der Begründung, dass es keine Tradition gab, die es für zulässig hielt, ehemaligen Ehepartner zusammen zu begraben. Darüber hinaus erklärte der Beklagte, dass er inzwischen erneut geheiratet hatte und in Zukunft mit dieser Frau zusammen begraben werden möchte.

Die zweite Instanz bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz bezüglich des Miteigentums der Grabplätze, wonach die Störung der Grabpflege und das Verbot neben dem Grab des Kindes begraben zu werden als unzulässig empfunden wurde. Die Entscheidung wurde vom Beklagten angefochten.

Das Kassationsgericht erklärte die Klage für unbegründet und stellte klar, dass das Grab gemäß Art. 1332 GZGB nicht im Nachlass enthalten ist, weshalb es unzulässig ist, die Vorschriften des Miteigentums anzuwenden. Das Gericht dritter Instanz wies auch darauf hin, dass das Berufungsgericht dem Anspruch des Klägers nach den Regeln für das Miteigentum der Ehegatten zu Recht stattgegeben habe.

III. Kommentar

Trotz der richtigen Entscheidung ist unklar, warum das Gericht das Miteigentumsregime der Ehegatten zur Beurteilung der tatsächlichen Umstände herangezogen hat. Das Kassationsgericht ist in seiner Begründung uneinheitlich, wenn es darauf hinweist, dass Art. 1332 GZGB das Grab vom Nachlass ausschließt und es daher unmöglich ist, das Miteigentumsregime auf das Grab auszudehnen, obwohl es gleichzeitig die Begründung des Berufungsgerichts für richtig hält, das zum Gegenteil hin argumentiert.¹

Die Erörterung sachenrechtlicher Rechtspositionen wird unter den Bedingungen noch unangemessener, wenn das Gericht selbst auf das Gesetz zur Festlegung der Regeln für die Einrichtung des Friedhofs verweist. Laut Art. 2 lit. b) der Richtlinie N 20-103 der Gemeinderat Tiflis vom 30. Dezember 2014 „Über die Einrichtung und Pflege von Friedhöfen in der Gemeinde Tiflis“ ist der Stadtfriedhof ein Gebiet, das im Eigentum einer selbstverwalteten Einheit fehlt. Im vorliegenden Fall war das Grab also weder Eigentum des Klägers noch des Angeklagten - sie hatten nur das Recht, einen bestimmten Abschnitt zu verwenden, um die Leichen der Menschen zu begraben. Es bleibt dem Gericht und damit dem Leser der Entscheidung unklar, wem die Rechte an dem für das Grab zugewiesenen Gebiet gehören, was durch die Tatsache belegt wird, dass der Kläger und der Beklagte, wegen der durch die während der Ehe entstandenen Rechte als Miteigentümer des Grabes betrachtet werden.²

Die Anwendung des negatorischen Anspruchs ist ferner problematisch, weil dieser eine Gleichstellung des Grabes mit den verkehrsfähigen Sachen erfordert, was absurd ist. Wenn das Gericht seine Entscheidung mit einer schon existenten rechtlichen Konstruktion in Einklang bringen wollte, hätte es besser nicht von dem römisch-rechtlichen Prinzip³ abgewichen und hätte besser das Grab nicht als verkehrsfähige Sache anerkannt. Die richtige Lösung lag darin zu erkennen, dass die Pflege eines Kindergrabes, sowie das Recht auf Bestattung neben dem eigenen Kind, ein aus dem Elternrecht abgeleitetes Recht darstellt. Deshalb ist es unwichtig, welche Beziehung die geschiedenen Eltern des Verstorbenen zuei-

¹ Motivationsschreiben, Punkt 19-20

² Motivationsschreiben, Punkt 16-18

³ D.1.8.6.2 (Marc. 3 inst.): "Religiöse und sakrale Gegenstände können nicht Eigentum einer Person werden". Jeder Ort seinerseits würde freiwillig von jemandem zum religiösen Gegenstand gemacht, der die Toten auf seinem Land begraben würde. D.1.8.6.4 (Marc. 3 inst.).